

20. Januar 2021

**Motion**

der Fraktionen Grüne und AL

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine kreditschaffende Weisung zu unterbreiten, welche darauf hinzielen soll, dass die Zentrale Ausnüchterungs- und Betreuungsstelle (ZAB) zukünftig in unmittelbarer räumlicher Nähe an eines der Stadtspitäler oder allenfalls ans USZ angeschlossen wird.

**Begründung:**

Der tragische Zwischenfall, welcher sich am 19. Dezember 2020 in der ZAB ereignete und einem 43-jährigen Mann das Leben kostete, hat allen die strukturellen Defizite dieser Institution vor Augen geführt. Aufgrund einer fragwürdigen Triage landen in der ZAB verhaltensauffällige Menschen, die meistens eine oder mehrere Substanzen zu sich genommen haben. Hierbei wird der Zustand der Inhaftierten nicht dauernd und nur unzureichend überprüft. In den polizeilichen Räumlichkeiten verfügt das zuständige Gesundheitspersonal der Firma Oseara AG nämlich nicht über die genügende Infrastruktur hierzu. In vielen Fällen ist das ein medizinischer Blindflug, welcher sowohl für alle mehr oder weniger gut endet.

In seltenen, jedoch nicht komplett auszuschliessenden Fällen können intoxikierte Personen plötzlich in eine gesundheitliche Notsituation kommen und auch daran versterben. Bei einem solchen Ereignis ist das ZAB-Gesundheitspersonal momentan nicht genügend ausgerüstet und daher dazu gezwungen – wie im genannten Fall geschehen – die Notärzt\_innen von Schutz & Rettung herbeizurufen. Auch wenn dieser Dienst in der Stadt grundsätzlich gut und effektiv funktioniert, geht bis zu dessen Ankunft in den ZAB-Räumlichkeiten wertvolle und unter Umständen lebensrettende Zeit verloren.

Dieses strukturelle Risiko lässt sich beseitigen, wenn das ZAB in unmittelbarer Nähe eines der Stadtspitäler oder des USZ platziert werden würde. Es besteht kein Grund dafür, weshalb die Stadt ein derartiges Gesundheitsrisiko für Menschen, denen sie zuvor ihre Freiheit entzogen hat, auf sich nehmen sollte.



